

Hermann Kesten-Preis des deutschen PEN-Zentrums, 14.11.2004 in Darmstadt

Dankesrede von Günther Hoffmann

Anrede,

Sie haben mit ihrer Entscheidung, unsere Initiative auszuzeichnen, eine Region Deutschlands in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gestellt, die wie viele ländlich geprägte Regionen nicht zu den Gewinnern der Wiedervereinigung gehört. In Vorpommern, am oberen rechten Rand der Republik, hat sich an der Küste ein schmaler Streifen von prosperierenden touristischen Zentren entwickelt. Das weitläufige Hinterland wird zunehmend öder.

Es ist wohl nicht zufällig eine Institution wie der deutsche P.E.N., der den Blick der Öffentlichkeit auf Menschen und ihre Probleme lenkt, die nicht zu den ewig lächelnden Siegertypen und chronischen Ärmelaufkremlern gehören.

Aber genau in Regionen wie der unseren ist in den letzten 15 Jahren ein Problem herangewachsen, das seit dem 22. September mal wieder zum skeptischen Stirnrunzeln auch von internationalen Medien führt.

Die Wahlergebnisse in Sachsen und Brandenburg haben gezeigt, dass es rechts-extremistischen Parteien zunehmend gelingt, mit ihren Programmen in die bürgerliche Mitte vorzudringen.

Der Erfolg der NPD und ihrer unseligen Verbündeten hat dann mal wieder all jene auf den Plan gerufen, die mit oberflächlichem Erklärungsmuster das Wahlverhalten als trotzigem Protest abtun, um zu vermeiden, sich mit den tatsächlichen Ursachen auseinanderzusetzen.

Es wird von vielen politisch Verantwortlichen und Medienvertretern, wie auch von Teilen der Wissenschaft, die Behauptung aufgestellt, das Phänomen Rechtstextremismus wäre kein Konstantes, sondern unterliege einem zyklischen Auf und Ab.

Unsere Erfahrung zeigt aber, dass es nur die öffentliche Wahrnehmung ist, die diesen Zyklen unterworfen ist, weil sie sich nur an spektakulären Ereignissen mit Nachrichtenwert orientiert.

Diese eingeschränkte Wahrnehmung führt dann auch nur zu kurzfristigen Maßnahmen. Periodischen *Aufständen der Anständigen*, die darin gipfeln, dass sich die Politik selbst ein Sedativum verschreibt, in dem sie zeitlich befristet finanzielle Mittel zur Bekämpfung des Rechtstextremismus zur Verfügung stellt. Das reicht dann

meist für ein selbstgefälliges Klopfen auf die eigene Schulter. Eine nachhaltige Auseinandersetzung überlässt man dann den Mittelempfängern mit dem Hinweis, sich mit einer Kritik an den bestehenden Verhältnissen und Gepflogenheiten, an denen sich oft die Probleme begründen, zurückzuhalten, ansonsten drohe Liebes-sprich Mittelentzug.

Die Entwicklung des Rechtsextremismus zeigt jedoch spätestens seit 1989 eine Kontinuität, die, wenn man sie die nächsten zehn Jahre fortschriebe, eigentlich schon heute zu mehr als Beunruhigung und Lichterketten Anlass geben würde.

Wenn man nun den Blick auf die gegenwärtige Stimmung der Bevölkerung in ländlichen Bereichen lenkt, stellt man vor allem fest, dass ein flächendeckender Vertrauensverlust in die Problemlösungsfähigkeit der Demokratie um sich greift.

Das pluralistische Demokratiemodell, auf dem unsere Gesellschaft fußt, ist in diesen Regionen wie der unseren, nie richtig angekommen, geschweige denn, dass es sich nachhaltig etabliert hätte.

Oft ist es in den Dörfern immer noch so, dass sich die gesellschaftlichen Verantwortungs-träger aus autoritär geprägten Eliten der DDR rekrutieren. Hier spielen insbesondere die Geschäftsführer der aus den LPGs hervorgegangen Agrargenossenschaften oft eine unrühmliche und nicht zu unterschätzende Rolle. Von ihren Gnaden sind nicht allzu selten Bürgermeister und Funktionsträger abhängig. Diese neuen Gutsherren haben meist ein nur sehr gering ausgeprägtes Interesse an einer funktionsfähigen Zivilgesellschaft. Ihnen gegenüber stehen Menschen, die es nicht gewohnt sind, es nicht gelernt haben und nicht willens sind, demokratische Verantwortung zu übernehmen und zu tragen.

Andere, die sich einer solchen Entwicklung hätten entgegenstellen können, sind meist abgewandert, haben sich, aus welchen Gründen auch immer, mit den Zuständen abgefunden oder wurden regelrecht mundtot gemacht.

In diesem Klima gedeiht dann ganz fruchtbar eine völkisch nationalistische Kultur, die zur Freude vieler Bürger auch noch die ach so geschätzten deutschen Sekundärtugenden bedient.

Viele der jungen Menschen, die der Region in den 90er Jahren nicht den Rücken kehrten, sind so und aufgrund von fehlenden Alternativen, in die Fänge von - oft sehr professionell agierenden - rechtsextremen Rattenfängern geraten, und prägen nun, nach Gründung von Familien und kleineren Handwerksbetrieben, das gesellschaftliche Leben mit. Sie sind Mitglieder in der freiwilligen Feuerwehr, in Fußball- und Schützenvereinen, ihre Kinder sind im Kindergarten oder in der Grundschule. Ihr Einfluß nimmt stetig zu und damit auch die Akzeptanz in der übrigen Bevölkerung.

Viele von ihnen sind seit mehr als zehn Jahren fest in der Szene verankert. Diese hat sich von einer jugendlichen Subkultur zu einer kleinbürgerliche Parallelgesellschaft entwickelt hat.

Es wird gerne übersehen, dass es sich hierbei um junge Menschen handelt, die, durch einen ideologisch geprägten Idealismus motiviert, bereit sind, sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für ihre Ideen einzusetzen. Ihr oberstes Ziel ist es, die Gesellschafts-ordnung der Bundesrepublik abzuschaffen und durch einen völkisch orientierten National-staat zu ersetzen.

Den demokratischen Parteien, die in solchen Regionen selbst mit demokratischen Defiziten ringen, ist es nie gelungen, in dieser Generation Fuß zu fassen und ihre Bedeutung nimmt bei Erstwählern kontinuierlich ab.

Einigen wenigen selbstkritischen Mitgliedern wird das Problem und seine perspektivische Bedeutung zunehmend bewusst. Mit einer gewissen Zerknirschung gestehen sie sich ein, die Zeichen an der Wand lange Zeit ignoriert zu haben.

Die große Mehrheit von Parteimitgliedern kommt aber über die Schwelle einer temporären Betroffenheit nicht hinaus, und auch auf der Ebene der leitenden Funktionsträger meint man weiter agieren zu können wie bisher. Diese Haltung zieht sich bis in die Bundesebene der Parteien.

Die Notwendigkeit einer selbstkritischen Reflexion der eigenen Rolle, geschweige denn die Fähigkeit und der Wille zur Entwicklung eines gesellschaftlichen Konsens, der sich nicht an den eigenen Parteiprogrammen orientiert, ist bei allen demokratischen Parteien bisher nicht vorhanden.

Es gibt zwar in allen Parteien Mahner, die schon seit Jahren auf Notwendigkeit der Entwicklung einer einheitlichen gesellschaftlichen Haltung gegenüber den Rechtsextremisten hinweisen. Sie werden jedoch meist in den eigenen Reihen belächelt oder bestenfalls an Gedenktagen als moralische Instanz aufs Rednerpult geschoben. Ihren Appellen wird dann auch mit feierlicher Miene Zustimmung gezollt. Bevor jedoch der Beifall verklungen ist, hat man sich schon wieder den persönlichen Profilierungsfeldern zugewandt.

Als eine der schwerwiegendsten Ursachen für die jetzige Dilemma-Situation ist ganz sicher die Gewichtung des finanziellen Mitteleinsatzes in den ersten zehn Jahren nach dem Mauerfall zu sehen.

Das Augenmerk lag fast ausschließlich auf der Entwicklung einer der Wirtschaft dienlichen Infrastruktur. Die wirtschaftliche Effizienz war das Maß aller Dinge. Soziotope wurden zerschlagen, auf mit Berechtigung gewachsene gesellschaftliche Werte wurde keine Rücksicht genommen, die kollektive Biographie der Bevölkerung

der neuen Länder wurde ganz offen in Frage gestellt oder gar entwertet. Die Regeln eines demokratischen Systems wurden als bekannt vorausgesetzt, dank Westfernsehen. Eine Übernahme bewährter gesellschaftlicher Errungenschaften aus der DDR, wie beispielsweise aus dem Schulsystem oder aus der Kinderbetreuung wurde nicht mal ins Auge gefasst.

Parallel dazu wurde die Notwendigkeit eines Lernprozesses bei der Aneignung westlicher Werte, Regeln und Gepflogenheiten negiert.

Und jetzt steht man mit großer Verwunderung vor dem Obstkorb mit Braunfäule, und ist erstaunt, dass das Ostprodukt *Nationale Kameradschaft* beim Westkonsumenten gefallen findet. Anetta Kahane von der Amadeu Antonio Stiftung wies erst am 9. November in einem Artikel in der Tageszeitung auf diesen erfolgreichen Exportartikel der fünf neuen Länder hin.

Auch am 9. November forderte Paul Spiegel die demokratischen Parteien auf, einen runden Tisch einzurichten, an dem ein Konsens gefunden werden soll, wie dem heraufziehenden braunen Unwetter zu begegnen ist. Dieses Unwetter führt eine Flut von Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mit sich, die in der Lage ist, alles, was sich in den letzten 50 Jahren an humanistischen Werten entwickelt hat, fortzuspülen. Wir können uns der Forderung Paul Spiegels nur anschließen.

Raten würden wir aber dazu, erfahrene Praktiker und kompetente Wissenschaftler zur Mitarbeit einzuladen. Unsere Erfahrung in Gesprächen mit Vertretern der Politik, ob auf Landes- oder Bundesebene, hat gezeigt, dass die Ahnungslosigkeit über die tatsächlichen Zustände vor Ort und die daraus resultierenden Konsequenzen eine Immense ist.

Perspektivisch müssten auch Vertreter der Wirtschaft in diesen Prozess mit einbezogen werden, da auf sie in Zukunft, aufgrund der sozialen Umbauprozesse, eine größere Verantwortung im Bereich der gesellschaftlichen Entwicklung zukommt.

Sollte diese Idee mit dem Willen beseelt sein, nachhaltig das gesellschaftliche Klima ändern zu wollen, so darf die Etablierung des Runden Tisches nicht auf die Bundesebene beschränkt sein. Hier gibt es ja mit dem *Bündnis für Demokratie und Toleranz* auch einen Ansatz, auf dem aufgebaut werden kann. Diese Idee müsste sich zu einer Kultur entwickeln, die von Bundes-, über die Landes- und Kreisebene bis in die Ortsvereine hinein zur Selbstverständlichkeit wird.

Um nun noch eine Anmerkung zur Bedeutung ihrer Auszeichnung.

Initiativen wie die unsere, und davon gibt es ja, wem auch immer man dafür danken kann, doch einige, sind es gewohnt, dass die Auszeichnungen sich meist auf

den Orden der Nestbeschmutzer beschränkt oder, wie letzte Woche in Wurzeln geschehen, aus einer Rohrbombe bestehen.

Es ist deshalb ein gutes Gefühl, wenn sich Institutionen wie die ihre, dazu bekennen, dass unsere Arbeit eine wichtige ist. Und genau dafür, dass Sie uns dieses Gefühl gegeben haben, bedanken wir uns.